

HERBERT MAYER

Nachdenken über die KPD.

Anmerkungen zu einem Interview

Anläßlich des 40. Jahrestags erschien zum KPD-Verbot und seinen Folgen in »UTOPIE kreativ« ein Interview mit Manfred Kapluck,¹ einem der Initiatoren zur Neukonstituierung der DKP 1968. Es verdeutlicht sowohl die politische Brisanz dieser Thematik als auch die Notwendigkeit, sie unter historischem Aspekt weiter auszuleuchten. Für die Zeit bis zum Verbot der KPD 1956 soll im folgenden auf einige ergänzende Fakten und Aspekte, die vor allem die Beziehungen der KPD zur SED betreffen, verwiesen werden.

Vorausgeschickt sei zuvor eine Bemerkung zur Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP): Es scheint vereinfacht, im Interview den Eindruck entstehen zu lassen, daß sich die Bildung der DKP unabhängig von der SED vollzogen habe. Vielmehr stand die SED bei der Geburt der DKP 1967/68 Pate. Im SED-Politbüro fiel die Entscheidung darüber, daß die DKP gegründet wurde. M. E. waren damals mindestens drei (deutsch-deutsche) Komponenten entscheidend, die die Konstituierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik ermöglichten: die Bundesregierung (die wichtigste, weil politisch entscheidende Komponente), die bundesdeutschen Kommunisten (die mit ihrer Tätigkeit den Boden bereiteten) und die SED selbst (ohne deren Einverständnis wohl auch nichts ging). Den bundesdeutschen Kommunisten blieb so gesehen nicht viel anderes übrig, als einerseits jenen Handlungsspielraum zu nutzen, den ihr die Bundesregierung vorgab, und andererseits den Weg zu beschreiten, mit dem die SED-Führung einverstanden war. Das bedingte die von Manfred Kapluck angesprochenen, aber als unbedeutend qualifizierten Differenzen in der SED-Führung, die es ähnlich auch in der KPD-Spitze gegeben hat. Als Optionen waren die Wiederzulassung der KPD, die Konstituierung einer neuen kommunistischen Partei (ohne den Namen KPD und ohne Aufhebung des KPD-Verbots) und die Schaffung einer neuartigen, linkssozialistischen Partei (unter Einschluß der Kommunisten und Teilen der außerparlamentarischen bzw. Studentenbewegung) in Betracht gekommen. Daß die Variante der Neukonstituierung einer KP gewählt wurde, lag wohl hauptsächlich daran, daß die Bundesregierung die erste Variante nicht wollte, aber auch daran, daß das SED-Politbüro im Ergebnis der Debatten diese Option schließlich favorisierte und die drittgenannte ablehnte.

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. pil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der Internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD nach 1945 und der SED.

1 Vgl. dazu und zu den weiteren Bezügen auf das Interview Manfred Kapluck: Kommunisten contra bürgerliche Demokratie? Das KPD-Verbot und die Folgen, in: UTOPIE kreativ, 1996, H. 71, S. 69 ff.

Selbstverwirklichung oder Gängelband?

»Selbständigkeit erlebte ich von Anfang an«, betont Manfred Kapluck, er habe die KPD stets als eigenständige politische Kampfgemeinschaft empfunden. Nun soll diese persönliche Erfahrung nicht in Abrede gestellt werden, doch ist sie einseitig gewichtet, primär wäre zu konstatieren: Die KPD folgte in der gesamten Zeit ihrer Legalität der von der SED vorgegebenen Linie, ordnete sich ein und unter.

Natürlich fanden KPD in den Westzonen/BRD und KPD/SED in der SBZ/DDR unterschiedliche Bedingungen vor, blieb auch nach der Gründung der SED im Osten die Hoffnung, wieder zu einer einheitlichen Organisation zu finden. Doch hier ist einzuschränken und hinzuzufügen: Nachdem die Gründung der SED auf gesamtdeutscher Ebene (1946) gescheitert war, folgten weitere Versuche der SED-Führung, nach ihrem Vorbild und ungeachtet der konkreten Bedingungen, im Westen die SED zu formieren. Das sollte zunächst über die im Februar 1947 gebildete Arbeitsgemeinschaft SED-KPD erfolgen, deren angekündigtes Ziel war, die »Voraussetzungen für die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland zu schaffen.«² Den dazu beschrittenen Weg, daß sich KPD-Organisationen zu Gründungsausschüssen der SED konstituieren und dann mit der SED verschmelzen, versperrten bereits die westlichen Besatzungsmächte.

Mit der Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft hatte die SED-Spitze nochmals den Forderungen einiger KPD-Funktionäre von Herbst 1946 eine Absage erteilt. Walter Fisch hatte damals in einem Memorandum erklärt, daß es nur bis Ostern 1946, also bis zur SED-Gründung, eine einheitliche KPD gegeben habe, doch nun »faktisch zwei Parteien verschiedenen Charakters entstanden sind, die nicht mehr als einheitliches Ganzes in Erscheinung zu treten vermögen«, daher die SED im Osten und ihr Parteivorstand nicht im Namen der KPD im Westen sprechen könnten.³ Seine Forderung, die auf die Bildung einer eigenen Führung für die KPD hinauslief, wurde von der SED-Führung – auch in der Folgezeit – abgelehnt.

Erst auf einer Konferenz im April 1948 in Herne konnte die KPD einen eigenen Parteivorstand bilden. Dieser Beschluß war zuvor von der SED gefaßt worden.⁴ Gleichzeitig hoffte die SED-Führung durch die ebenfalls beschlossene Umbenennung der KPD in Sozialistische Volkspartei, im Westen doch noch die SED konstituieren zu können (die Namensänderung wurde sofort von den Besatzungsmächten verboten). Nun war das Bestreben, eine einheitliche gesamtdeutsche Partei zu bilden und als solche zu agieren, nicht verwerflich, zumal Deutschland zu dieser Zeit staatlich noch nicht gespalten war. Was hier aber auffällt und auch gegen die Selbständigkeitsthese steht, ist, daß die KPD nicht als gleichberechtigt behandelt wurde und die Entscheidungen im SED-Zentralsekretariat, dem – im Unterschied zum SED-Vorstand – kein Mitglied der KPD angehörte, fielen. Das blieb selbst nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD im Januar 1949 so. Wenn auch die Formulierungen des veröffentlichten Beschlusses den Eindruck erwecken könnten, er sei auf Initiative der KPD zustande gekommen, so war

2 Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1948, S. 149.

3 Walter Fisch: Memorandum zur Frage einer einheitlichen Partei-Organisation in den 3 Westzonen, Ms. (1946)

4 Das Zentralsekretariat der SED hatte sich im Frühjahr 1948 mehrfach mit der Thematik befaßt. Am 20. März sah es zunächst vor, eine nur dreiköpfige Gesamtleitung der KPD unter Kurt Müller zu schaffen. Im April entschied es dann über die Zusammensetzung eines 15 bzw. 16 Personen umfassenden KPD-Vorstandes. Vgl. SAPMO-BArch: ZPA der SED (im folgenden: ZPA), DY 30/IV 2/2.1/184-192.

5 Vgl. ZPA, DY 30/IV/2/2.1./214. Zu den veröffentlichten Stellungnahmen des SED- bzw. KPD-Parteivorstandes vgl. Dokumente der SED, Bd. II, S. 201 f.; Sozialistischer Informationsdienst, 5.1.1948 (wiederabgedruckt in Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945 - 1968 (im folgenden: KPD 1945-1968). Dokumente, Bd. 1, Neuss 1989, S. 283ff.

6 Selbst die Anweisungen des SED-Politbüros waren meist in Form von »Empfehlungen« und »Ratschlägen« gegeben, doch hieß es gelegentlich unumschrieben, wie in einem Brief Ulbricht an Dahlem: »Es ist notwendig, an das Sekretariat der KPD folgende Weisungen zu geben...« (ZPA, NL 182/867).

7 ZPA, NL 36/649.

8 ZPA, DY J IV 2/2/96.

die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft zuvor einseitig im SED-Zentralsekretariat beschlossen worden.⁵ Mit der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft entfiel auch die Teilnahme der KPD-Vertreter an den Parteivorstandssitzungen der SED.

Auch in den folgenden Jahren blieb die KPD am Gängelband der SED. Zwar stellte sie nicht, wie das manchmal anklingt, eine Art »Regionalpartei« der SED dar. Doch ist klar festzuhalten, daß sie bei weitem keine eigenständige, selbständige Partei war, sondern von der SED dominiert war, ihre Politik und Entwicklung maßgeblich von der SED, von deren Politbüro bzw. Sekretariat, bestimmt wurde. Als entscheidendes Kettenglied fungierte dafür die für die KPD zuständige Abteilung der SED, deren Struktur, Namen und Befugnisse sich im Laufe der Jahre änderte und der auch teilweise (frühere) Mitglieder der KPD angehörten. Sie hatte die Aufgabe, Beschlüsse und Aufgabenstellung für die KPD für das Politbüro bzw. das Sekretariat der SED vorzubereiten; nach deren Entscheidungen hatte sie wiederum die Verwirklichung der Festlegungen zu organisieren und zu kontrollieren. Auch dann, wenn sie formal kein Recht besaß, der KPD Anweisungen zu geben,⁶ leitete und kontrollierte sie de facto die Arbeit der KPD. Wie das in der Praxis aussah, vermittelten u. a. Berichte der Westkommission aus dem Jahre 1949 und danach. Die Westkommission informierte, sie habe auf der Solinger KPD-Konferenz im März 1949 »in die Durchführung der Politik eingegriffen«, außerdem vermerkte sie, daß sie mit dem KPD-Sekretariat »politische Auseinandersetzungen, die auch schärfere Formen annahmen«, hatte.⁷

Am 27. Juni 1950 untermauerte das Politbüro der SED auf seiner Sitzung seine »Zuständigkeit« zu »Hauptfragen« der Politik der KPD. Es erteilte den Instruktoren der SED die Vollmacht, »durch unmittelbares Eingreifen die Durchführung der Parteibeschlüsse zu sichern«.⁸ Bekräftigt wurde, daß sich das Politbüro regelmäßig mit Grundfragen der KPD beschäftigt, zu entscheidenden Sitzungen sollten Mitglieder des KPD-Sekretariats eingeladen werden. Kurz danach hob Reimann auf einer KPD-Vorstandssitzung besonders hervor, daß diese auf Vorschlag und unter Teilnahme des SED-Politbüros stattfinde. Ulbricht, der die KPD scharf kritisierte, verlangte auf dieser Tagung, die KPD müsse aus den Erfahrungen der SED lernen und das KPD-Sekretariat müsse die Durchführung der Parteilinie (d. h. der SED) garantieren.

Diese ständige, besserwisserische Kritik der SED-Führung gehörte zu den fast obligatorischen Elementen, die die Beziehungen von der SED zur KPD prägten. 1954 bemängelte die SED das Niveau der politischen Arbeit im Parteivorstand und in den Landesleitungen der KPD, das nicht den Erfordernissen entspreche. Der KPD wurde wieder einmal mangelnde Wachsamkeit gegenüber Klassenfeinden und Agenten innerhalb der Partei und ungenügende ideologische Arbeit vorgeworfen.

Wie es um »gleichberechtigte« Beziehungen beider Parteien und die Selbständigkeit der KPD bis dahin tatsächlich bestellt war, fixiert ein SED-Politbürobeschuß am 22. Mai 1956, nicht einmal drei Monate vor dem KPD-Verbot. Unter Punkt 1 hieß es: Um »die kollektive Führung und Selbständigkeit des Parteivorstandes der

KPD und seines Sekretariats zu stärken«, sollen »entscheidende politische Fragen, die die Politik und Tätigkeit der KPD betreffen und auf Grund ihrer Bedeutung dem Politbüro [der SED – H. M.] zur Stellungnahme und Beschlußfassung vorgelegt werden, vom Sekretariat des Parteivorstandes [der KPD – H. M.] beraten und beschlossen und dann dem Politbüro unterbreitet werden«.9 Die »politische und organisatorische Führung der KPD« müsse beim Parteivorstand und seinem Sekretariat in Westdeutschland liegen, bei Beratung und Beschlußfassung von »Vorlagen der KPD im Politbüro [der SED – H. M.]« sollten »in der Regel« Vertreter des Sekretariats des Parteivorstandes aus Westdeutschland zugegen sein. Das SED-Politbüro befand auch darüber, ob sich Mitglieder der KPD-Führung in der DDR oder in der Bundesrepublik aufhielten. So wurde zu diesem Zeitpunkt beschlossen, daß alle Sekretariatsmitglieder mit Ausnahme von Reimann nach Westdeutschland zurückgehen sollen – und das, wie erwähnt, knapp ein Vierteljahr vor dem Parteiverbot. Nicht nur am Rande: Noch am 9. Mai hatte im SED-Politbüro eine Beratung – an ihr nahm auch Manfred Kapluck teil – mit dem Sekretariat der KPD stattgefunden, der Tagungsgegenstand: Richtlinien für die KPD zur Einleitung der Bundestagswahlkampagne (1957) und die Verbesserung der Arbeit der KPD unter der Jugend!10

9 ZPA, J IV 2/2/478.

10 ZPA, J IV 2/2/476.

Die solidarische KPD

Manfred Kapluck konzediert: »Der innere Verbund, die totale Solidarität der SED mit der KPD [oder, was dem Kontext auch entsprechen würde, »der KPD mit der SED«? H. M.] blieb und war für uns westdeutsche Kommunisten Selbstverständnis. Daß sich damit Probleme verbanden, die über Mißverständnisse hinaus durch eine von uns gewollte Zusammengehörigkeit weiter zu einer gewissen Abhängigkeit und auch zu Fehlern in der politischen Tätigkeit führten, soll nicht verschwiegen werden.« »Mißverständnisse«, »gewisse Abhängigkeit« und »Fehler« resultierten m. E. aber keineswegs aus »gewollter Zusammengehörigkeit«, sondern ergaben sich aus Struktur und Genese des Verhältnisses von SED und KPD, der Ein- und Unterordnung der KPD.

Zu den ständigen Gepflogenheiten der SED-Führung gehörte dabei, der KPD (bzw. ihren Vorständen) ideologische Unklarheit (häufig auch vor allem hinsichtlich der Haltung zur DDR, Sowjetunion und zu den Volksdemokratien) vorzuwerfen. Doch blieb Kritik stets eine Einbahnstraße. Umgekehrt, von der KPD-Führung an der SED, gab sie es nicht (weder auf Vorstands- oder Sekretariats-tagungen der KPD noch bei protokollierten Gesprächen mit Mitgliedern der SED-Führung). Das hieß natürlich nicht, daß die Beziehungen zwischen KPD und SED sich konflikt- und reibungslos entwickelten.

Mühe bereitet allerdings eine sachliche, Alternativen aufzeigende Antwort auf die Frage, ob die KPD nicht auf mehr Distanz zur SED gehen mußte. Kaplucks Position verdeutlicht, ohne daß er dies freilich expressis verbis formuliert, das Dilemma der KPD. Wenn er konstatiert, daß das »Wort Distanzierung für uns ein Fremdwort blieb«, so verbirgt sich darunter, daß die KPD keine

andere Wahl sah. Eine Distanz zur SED kam für sie faktisch nicht in Betracht, hätte ihrem Selbstverständnis und ihrer Glaubwürdigkeit als kommunistische deutsche Partei widersprochen. Und das macht das Dilemma sichtbar: Sicher war die Solidarität mit einem Staat und mit dessen führender Partei, die den Sozialismus aufzubauen versprochen, historisch legitim, reflektierte gemeinsame Ziele und Auffassungen. Andererseits: Mußte diese Solidarität in der Weise erfolgen, daß unkritisch die Positionen und Politik der SED übernommen und verteidigt wurden? Wäre es nicht angebracht gewesen, die Finger auch auf wunde Stellen zu legen? Angesichts der Strukturierung des Verhältnisses von KPD und SED scheint mir dies aber praktisch kaum möglich. Dies hätte zumindest erfordert, daß sich die KPD gegenüber der SED mehr Eigenständigkeit verschafft hätte bzw. die SED der KPD mehr Spielraum geboten hätte. Dennoch bleibt, daß die (unkritische) Bindung der KPD an SED/DDR wesentlich zur Schwächung der KPD und zu einem Verlust ihres politischen Gewichts beitrug.

Der von Stefan Bollinger aufgeworfenen Frage nach der Abhängigkeit der KPD von der KPdSU wird im Interview vollkommen ausgewichen. Sie ist sicher schwierig zu beantworten, sowohl aus der Sicht der Zeitzeugen als auch aufgrund der überlieferten Dokumente ist mehr zu erahnen und zu schlußfolgern, als zu beweisen. Bei der weltpolitischen Bedeutung Deutschlands (politisch, wirtschaftlich, militärisch und auch hinsichtlich des Gesellschaftsmodells) ist logisch, daß sich sowjetische Gremien mit der KPD befaßten. Symptome und Einzelbelege unterschiedlicher Art gibt es dafür mehr als genug. U. a. könnten Verhaftungen und Verhöre von KPD-Funktionären (als die bekanntesten z. B. Kurt Müller und Fritz Sperling), die Teilnahme von sowjetischen Vertretern an gemeinsamen Beratungen von KPD- und SED-Funktionären, aber auch Berichterstattungen der SED vor sowjetischen Organen angeführt werden.

Um ermesen zu können, ob die KPD gegenüber »Moskau« (– sei nun damit SMAD/SKK in Karlshorst, Regierungsorgane in Moskau oder das Politbüro der KPdSU gemeint) unabhängig agierte, ergibt sich m.E. aus der Einordnung in die Beziehungsgeflechte KPD-SED und SED/DDR-KPdSU/SU. Vereinfacht: Die SED-Führung gab der KPD direkt die Linie vor und kontrollierte deren Durchsetzung. Da sowjetische Organe wiederum maßgeblich die SED-Politik (mit)bestimmten, übten sie auf diese Weise auch indirekt die Kontrolle über die KPD aus. Daß das aber bedeutet, wie manchmal behauptet, daß »der sowjetische Apparat in Karlshorst ... der eigentliche Auftraggeber der KPD [war]. Die KPD-Funktionäre waren in direkter Form zur Rechenschaftslegung gegenüber sowjetischen Repräsentanten verpflichtet«,¹¹ ist mehr als zweifelhaft. Zumindest deckten sich die Kritiken der Sowjets an der KPD und deren Vorstellungen über die KPD-Politik mit denen der SED. Eine Distanz (oder kritische Solidarität) zur Sowjetunion war kaum möglich: Eine »Entfremdung von der SED und großen KPdSU (B) herbeizuführen«,¹² galt als große Sünde, war z.B. Kurt Müller bei seiner Absetzung als stellvertretender Parteivorsitzender vorgeworfen worden.

11 Gerhard Wettig: Die KPD als Instrument der sowjetischen Deutschland-Politik, in: Deutschland-Archiv, 8/1994, S. 823.

12 Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschließung des Münchener Parteitags, zit. nach: KPD 1945 - 1968, S. 371.

Auswirkungen der SED-Politik und Fehler der KPD

Unbestritten sein dürfte, daß die tiefen Einschnitte in der Entwicklung der SED 1948 mit dem Übergang zur Partei neuen Typus, 1952 mit der Proklamation des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus oder der 17. Juni 1953 auch entsprechend auf die KPD wirkten. Die Auffassung, daß die Politik der SED keinen breiten Raum in der Diskussion der KPD einnahm, kann wohl kaum aufrechterhalten werden. Der hohe Stellenwert, den die SED und die Entwicklung der SED für die KPD einnahm, läßt sich bereits aus ihrer politischen Schulungsarbeit, insbesondere den Themen des Parteilehrjahrs Anfang der fünfziger Jahre, ableiten. Ebenso klar tritt dies in der Politik der KPD zutage. Die Innenpolitik der SED wurde von der KPD propagandistisch unterstützt und verteidigt, auch die Grundthemen und Ziele der Deutschland- und Außenpolitik der SED übernahm die KPD. Die KPD stand damit im Spannungsfeld, einerseits unter der Bevölkerung ständig an Einfluß zu verlieren und in die Isolierung zu geraten, andererseits loyal und eng mit der Politik und dem Geschehen im Osten Deutschlands (und der Sowjetunion) verbunden zu sein. Natürlich wäre es vereinfacht, zu glauben, daß in der KPD und SED bis in letzte eine völlige Kongruenz bestand, selbst Differenzen und Divergenzen brachen ab und zu auf.

Genauso ist zu konstatieren, daß die SED Fehler in Einschätzung der Lage, in Programmatik und in Politik der KPD oktroyiert hat. Vielfach läßt sich zumindest in Umrissen nachvollziehen, wie in Grundlinien und manchmal auch im Detail das Vorgehen der KPD im SED-Politbüro festgelegt worden war. Das betrifft auch die im Interview erwähnten Thesen des Parteitags 1951, auch das Entstehen des Programms zur nationalen Wiedervereinigung 1952 beeinflusste die SED-Führung entscheidend.

Am 18. März 1952 beauftragte das Politbüro der SED den Parteivorstand der KPD, eine »Erklärung zu einem nationalen und sozialen Programm« zu veröffentlichen.¹³ Das Arbeitsbüro KPD der SED sollte die Erklärung vorbereiten, im Juni wurde eine Kommission unter Ulbricht eingesetzt. Doch erst nach entsprechenden Beschlüssen des SED-Politbüros im Juni bzw. August beschloß der KPD-Vorstand am 21. September 1952, ein »Programm der nationalen Befreiung« auszuarbeiten. Am 28. Oktober behandelte das SED-Politbüro das Programm, hinzugezogen war der zuständige Abteilungsleiter im SED-ZK für die KPD, Paul Verner, aber kein Vertreter der KPD. Das Politbüro bestätigte das Programm »im Prinzip«, Herrstadt und Verner sollten das Dokument endgültig fertigstellen. Der Parteivorstand der KPD nahm das »Programm der nationalen Wiedervereinigung« am 2. November an. Doch erst, als sich am 11. November das SED-Politbüro mit einer Erklärung zum KPD-Programm befaßt hatte, konnte an diesem Tage das KPD-Programm durch Reimann der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Am Rande sei vermerkt, daß der – von »Freund und Feind«, selbst vom KPD-Vorstand – wiederholt verwendete Passus vom »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« sich in dieser Formulierung nicht im Programm findet. Vielmehr hieß es »der

13 Vgl. dazu und dem folgenden ZPA, J IV 2/2/202-244.

14 So auf der Parteivorstandstagung im März 1956 und ähnlich in einem Artikel (»Warum war die Losung vom ›revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes‹ falsch?«, in: »Freies Volk«, 28./29.4.1956).

unversöhnliche und revolutionäre Kampf... zum Sturz des Adenauer-Regimes«. Allerdings dürfte die Interpretation auch nicht viel anders ausfallen. Diese These bedeutete, verdeutlichte Walter Fisch 1956, daß die KPD den gewaltsamen Sturz dieser Regierung, durch außerparlamentarische Mittel, in Durchführung der Revolution, angestrebt hätte.¹⁴ Das »Programm der nationalen Wiedervereinigung« belegte, daß SED und KPD die Entwicklung der Bundesrepublik falsch beurteilten, insbesondere die Kraft der KPD überschätzten und die Möglichkeit der (demokratischen) Entwicklung der Bundesrepublik unterschätzten. Es sei nun dahin gestellt, da auch nicht nachzuvollziehen, durch wen und wo manche Passagen in das Programm kamen – ob in Düsseldorf, in Berlin oder gar in Moskau –, Tatsache bleibt, daß das Programm nur mit Einverständnis (und unter Mitwirkung) der SED-Führung ausgearbeitet, angenommen und veröffentlicht werden konnte.

Das gehört mit zu den Überlegungen, warum es möglich war, den Prozeß zum KPD-Verbot so »einfach« in Gang zu setzen und schließlich ihr Verbot durchzusetzen. Auch wenn das KPD-Verbot von 1956 seine Ursache nicht in der Politik der KPD hat, stellt sich dennoch die Frage, was das Verbot erleichtert hat, was die KPD und auch die SED selbst dazu beigetragen haben, daß dieses Verbot möglich wurde.

Und das führt wiederum zur Demokratie-Problematik. Manfred Kapluck bringt auf die Frage, warum die KPD zu den Möglichkeiten eines demokratischen Staates skeptisch stand, verschiedene Fakten an. M. E. ist hinzuzusetzen: Das Verbot der KPD erleichtert hat auch das Demokratiedefizit der KPD. Es betraf vor allem zwei Ebenen: zum einen Gesellschaft und Staat, zum anderen die Partei selbst. Das eine erschwerte bzw. verhinderte die Akzeptanz der KPD bei der Bevölkerung, das andere schwächte die Partei von innen. Das Demokratiedefizit der KPD hatte zweifellos historische Ursachen, viele Seiten und Ursachen wären einzubeziehen. Da sie seit ihrer Gründung die bürgerliche Demokratie höchstens als Durchgangsstadium zu einer echten, zu einer sozialistischen Demokratie betrachtete, unterschätzte sie zugleich den parlamentarischen Staat und seine Möglichkeiten, lehnte die Regierung ab und akzeptierte kaum das Parlament. Andererseits förderte der repressive Umgang staatlicher Organe, der »verordnete Antikommunismus«, auch nicht gerade das Vertrauen der KPD in die Demokratie.

Verhängnisvoll wirkte sich das innerparteiliche Demokratiedefizit, der Mangel an einer innerparteilichen Demokratie und das Fehlen demokratischer innerparteilicher Strukturen aus. Der Ausgangspunkt dafür lag zweifellos in der kommunistischen Parteiauffassung und -praxis, die sich auf die Komintern und Leninsche Auffassungen gründete.

Das Fehlen demokratischer Beziehungen und Regeln im Verhältnis zwischen SED und KPD ist bereits skizziert worden. Daß Ende der vierziger Jahre/Anfang der fünfziger Jahre in der KPD Parteisäuberungen, die von Parteistrafen über Ausschlüsse, Funktionsenthebungen bis hin zu Verhaftungen und gerichtlichen Verurteilungen in der DDR reichten, durchgeführt werden konnten, ohne auf massiven Widerstand zu stoßen, hat sowohl mit dem

damaligen kommunistischen Eigenverständnis als auch mit fehlender innerparteilicher Demokratie zu tun. Diese »Parteiereinigung« steht auch in enger Wechselwirkung mit der Aufgabenstellung, die KPD zu einer Partei neuen Typs zu transformieren, begleitete diese Entwicklung und war zugleich ihre Voraussetzung. Ähnlich wie die SED, deren Politik und Vorstandssitzungen 1948 im Zeichen der »Partei neuen Typs« standen,¹⁵ sollte sich die KPD ebenfalls zu einer »Partei neuen Typs« entwickeln. Die KPD faßte dazu analoge Beschlüsse wie die SED, wenn auch meist mit zeitlicher Verzögerung.

Kapluck verweist darauf, daß die Verhaftung führender westdeutscher Kommunisten viele in den Zweifel brachte, ob es nicht doch Agenten waren, verweist auf den Schaden der Auseinandersetzung mit dem »Titoismus« für die KPD und die gesamte kommunistische Bewegung. Mit der 1948 begonnenen »Tito-Kampagne«, mit ihr begannen in der KPD faktisch die Parteisäuberungen, folgte die KPD Beschlüssen der SED (vom 29. Juli bzw. 16. September 1948). Auf der 4. Tagung (August 1948) beschloß der KPD-Vorstand eine »allgemeine Mitgliederkontrolle«, am 6./7. Oktober 1948 verabschiedete er die Resolution »Die Bedeutung der Entschließung des Informations-Büros über die Lage der KP Jugoslawiens und die Lehren für die KPD«. Rückblickend konstatierte R. Steigerwald, daß diese Kampagne nicht von der KPD selbst ausging, sondern übernommen wurde. Sie fiel dennoch auf fruchtbaren Boden.¹⁶

Als im Mai 1949 die KPD die Mitgliederkontrolle abschloß, hatte sie nun nur noch 218.979 Mitglieder und damit 64.532 Mitglieder gegenüber Juni 1948 verloren, die meisten Landesverbände hatten einen Mitgliederschwund zwischen 20 bis 25 Prozent zu verzeichnen.¹⁷ Nach dem für die SED und KPD enttäuschendem Ergebnis der ersten Bundestagswahlen vom 14. August 1949 kam die Tito-Resolution nun voll zum Tragen. Zum Forderungskatalog der Westkommission der SED an die KPD gehörte, »die Partei von trotzkistischen Agenten aller Spielarten säubern«, Organisation einer ideologische Diskussion, Neuwahlen der Parteileitungen, Festigung des zentralen Apparates sowie Überprüfung der Landesvorstände und ihrer Sekretariate.¹⁸ Für die Verwirklichung diese Ziele fanden Besprechungen von Mitgliedern des SED-Politbüros (u. a. Ulbricht und Pieck) und der Westkommission mit Max Reimann und Fritz Sperling statt.

Verheerend wirkte sich die Resolution der KPD-Parteivorstandstagung Ende Dezember 1949 aus, die alle Parteieinheiten und Mitglieder verpflichtete, »die Partei von der feindlichen Ideologie und deren Trägern zu reinigen« und »von allen Elementen zu säubern, die die Einheit des Willens und die eiserne Disziplin in der Partei bedrohen.«¹⁹

Insbesondere in der Kaderarbeit machten sich Eingriffe und Kontrolle der SED deutlich bemerkbar. Unmißverständlich legte das SED-Sekretariat im Juli 1950 fest: »Für die Kader der KPD ist die Kaderabteilung der Westkommission verantwortlich.«²⁰ Einen Monat zuvor hatte das SED-Politbüro die Westkommission mit der »Unterstützung beim organisatorischen Aufbau der KPD und

15 Vgl. dazu Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED. Hrsg. von Thomas Friedrich u. a., Berlin 1995; vgl. dort auch zum Problem SED-KPD S. 21 ff.

16 Robert Steigerwald: Anlässlich Georg Fülberths KPD/DKP-Buch, in: Marxistische Blätter, 1/1991, S. 37.

17 Bericht über den Abschluß der Mitgliederkontrolle – Einige Lehren und Erfahrungen, Ms. o.O.o.J.

18 ZPA, NL 36/642.

19 Resolution der 14. PV-Tagung der KPD, in: KPD 1945-1968, S. 331.

20 ZPA, J IV 2/3/127.

- 21 ZPA, J IV 2/2/96.
- 22 Protokoll der Sekretariatssitzung des Parteivorstandes der KPD am 3. Juli 1950.
- 23 Rede des Genossen Max Reimann auf der 17. PV-Tagung.
- 24 ZPA, DY IV 2/2/211.
- 25 19. Parteivorstandstagung der KPD am 9. Februar 1951, Ms.
- 26 ZPA, NL 182/900.
- 27 Manfred Grieger, u. a.: *Stalins Schatten. Stalin und die westeuropäischen Kommunisten*, Neuss 1989, S. 177.
- 28 Herbert Crüger: *Verschwiegene Zeiten – vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit*, Berlin 1990, S. 140.
- Neuwahl ihrer Leitungen ... entsprechend den Richtlinien und Erfahrungen der SED« beauftragt sowie die »Verstärkung der Arbeit zur Überprüfung und Unterstützung der Kaderarbeit der KPD« bestimmt.²¹ Auch Kaderbeschlüsse faßte das SED-Politbüro für die KPD, in diesem Fall für das Ausscheiden von Hermann Nuding, Hugo Ehrlich und Walter Fisch aus dem Sekretariat des KPD-Parteivorstands. Erst nach der SED nahm die Tagung des KPD-Parteivorstandes einen solchen Beschluß an, Fisch konstatierte dabei resignierend: »Ich weiß nicht, ob es sich um einen Beschluß handelt, der vom Polit-Büro gefaßt ist, ich bin gewohnt, die Grundsätze des demokratischen Zentralismus einzuhalten.«²²
- Eine verhängnisvolle Rolle spielte für die KPD auch der Beschluß der SED über Noel Field vom 24. August 1950, Max Reimann pries ihn als »entscheidende Waffe zur Erhöhung der Wachsamkeit in unserer Partei«, die KPD-Mitglieder müßten »alle Beobachtungen und Festlegungen über die Tätigkeit des Feindes zur Zersetzung unserer Partei der Parteiführung mitteilen.«²³
- Vor den Landesparteitagen und vor dem (Münchener) Parteitag der KPD 1951 hatte das SED-Politbüro eine Kommission eingesetzt, um die Kadervorschläge für das Sekretariat und den Parteivorstand der KPD sowie für die Landessekretariate zu prüfen.²⁴ Sie stand unter Leitung von Walter Ulbricht, ihr gehörten Franz Dahlem und Hermann Matern und von der KPD nur Max Reimann an. Nach der Vorstands-Tagung der KPD in Berlin (Ost) am 9. Februar 1951 wurden Fritz Sperling und Wilhelm Prinz in der DDR verhaftet und weitere Funktionäre abgelöst. Hugo Ehrlich, der weiter im Parteivorstand verblieben war, sagte: »Ich möchte sagen, das ist natürlich in gewisser Hinsicht starker Tobak. Aber ich glaube, solche Änderungen sind mit der SED reichlich erwogen, und sie deuten an, daß man entschlossen ist, zum Parteitag eine Führung zu schaffen, die wirklich einheitlich, fähig und imstande sein soll, eine ideologisch geschlossene Partei neuen Typus zu schaffen.«²⁵ Insgesamt waren fast das gesamte Sekretariat des KPD-Parteivorstands ausgewechselt, zehn von zwölf Landesvorsitzenden und viele Mitglieder der Landessekretariate abgelöst worden.
- Daß die SED die Kaderpolitik der KPD bestimmte, verdeutlicht ein kurzes Schreiben Ulbrichts an Wilhelm Zaisser, den damaligen Chef der Staatssicherheit.²⁶ Ulbricht ersuchte ihn, die Vorschläge für das Sekretariat des Parteivorstandes, der Landesvorstände und -sekretariate der KPD beschleunigt zu überprüfen. Klar scheint, daß die SED die Parteisäuberungen der KPD unter ihrer Kontrolle hatte. Das bedeutet nicht, daß sie bei allem immer die entscheidende Instanz war. So deutete Josef Schleichstein 1989 rückblickend zu den Funktionsenthebungen vorsichtig an: »Ich nehme an, daß die Anregung aus sowjetischen und anderen Ratschlägen an die Führung, an den 1. und 2. Vorsitzenden stammte, das ist aber eine Vermutung.«²⁷ Damit dürfte er wahrscheinlich mehr als Recht haben. Und Herbert (Tom) Crüger berichtete in seinen Erinnerungen, bei einem Kadergespräch in Berlin war außer Herta Geffke von der ZPKK der SED »noch ein zweiter, mir unbekannter Mann anwesend, ein Russe, der gut deutsch sprach.«²⁸
- Die Verantwortung der SED für Säuberungen in der KPD tritt

dort in Erscheinung, wo bekannte Funktionäre in die DDR übersiedelten und gar verhaftet wurden. Alfred Drögemüller, der ehemalige Chefredakteur von »Wissen und Tat«, wurde 1951 auf einer Landstraße in der DDR verhaftet. Nach dem Münchener Parteitag folgte die KPD einer »Empfehlung« der SED-Führung und sah als ihre nächsten Kaderaufgaben die Überprüfung aller 1. und 2. Kreissekretäre und weiterer Parteimitglieder, insbesondere der »West«-Emigranten oder die früher der KPO oder anderen Gruppierungen angehört hatten. Auch dem Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952 »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky« folgte die KPD.

Die KPD hatte von 1948 bis 1952 in nur vier Jahren fast 200.000 Mitglieder verloren. Von einst über 300.000 zählte sie 1956 nur noch 80.000 Mitglieder. Zur Selbstschwächung der KPD hatte auch beigetragen, daß erfahrene – und bei der Bevölkerung bekannte und geachtete – Funktionäre ausgeschaltet worden waren. Das repressive Vorgehen in der KPD gegen eigene Funktionäre und Mitglieder trug zugleich dazu bei, die KPD in der Bevölkerung zu diskreditieren und zu isolieren. Was für eine Demokratie im Staatsaufbau war von der KPD zu erwarten, wenn sie in ihrer Binnenstruktur so (undemokratisch) funktionierte?

Daß die KPD an Masseneinfluß, an politischem Gewicht und an Ansehen verlor, hatte damit sowohl mit dem »Beispiel SBZ/DDR«, daß sie in ihrer gesamten Politik der von der SED eingeschlagenen Linie folgte und als Partei der SED galt, wie auch mit eigenen Schwächen in Führungstätigkeit und Massennarbeit zu tun. Wenn unmittelbar nach dem Verbot der KPD im Sommer 1956 in einer Einschätzung für das SED-Politbüro nüchtern konstatiert wurde, daß die Mehrheit der Bevölkerung »im KPD-Verbot keine unmittelbare Bedrohung eigener wirtschaftlicher, sozialer und politischer Interessen« sah,²⁹ so ist das nichts anderes als ein Beleg für die – auch von KPD und SED verantwortete – Isoliertheit der KPD, deren Verbot ohne großen Protest hingenommen wurde.

29 ZPA, J IV 2/2J/249.